

Politik



BERLINER ZEITUNG/THERESA DRÄBING

Ein Wasserkiosk in Mlolongo, einem Viertel am Rande von Kenias Hauptstadt Nairobi

Wasser vom Kiosk

Kenia hat viel in die Versorgung des Landes investiert. Doch in Zeiten der Dürre reicht das nicht aus

VON THERESA DRÄBING

NAIROBI. Meist sind es Frauen mit ihren Kindern, die in der hochsommerlichen Hitze warten, neben sich aufgereiht gelbe Plastikkanister. Am Tag zuvor gab es kein Wasser, deshalb ist die Schlange vor dem Wasserkiosk in Mlolongo, einem Viertel am Rande von Kenias Hauptstadt Nairobi, an diesem Tag länger als sonst. Frauen, die jetzt noch hinzukommen, reihen ihre Kanister auf dem staubigen Boden hinter den anderen ein und warten dann einige Meter weiter im Schatten eines Wellblechdaches. Durch die momentane Dürre in Ostafrika ist die Versorgung eingeschränkt, zurzeit gibt es nur noch zwei Mal wöchentlich Wasser aus den Leitungen. Ein Kanister fasst 20 Liter, so viel verbrauchen Kenianer durchschnittlich am Tag. Zum Vergleich: In Deutschland verbraucht ein Mensch im Schnitt 120 Liter Wasser täglich.

Seit Wochen kein Regen mehr

Es ist Hochsommer in dem ostafrikanischen Land. 30 Grad misst das Thermometer, das ist für die Höhenlage der Region schon das Maximum. Nachts kühlt es ab, doch Regen fällt schon seit Wochen nicht mehr. So war es Ende Januar. Seitdem sei es eher schlimmer als besser geworden, berichtet Dirk Schaefer. „Schlimmer“ seien die nicht nachlassende Schwüle und die stockende Wasserversorgung. Schaefer

ist Chef des „Wassersektor-Reformprogramms“ und arbeitet für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Die GIZ finanziert den „Water Service Trust Fund“ (WSTF), eine kenianische Institution, die die Versorgung in armen und unterversorgten Gebieten verbessern soll. Dazu gehört auch der Bau von Wasserkiosken und öffentlichen Toiletten.

„Allerdings gibt es regional große Schwankungen, viel gravierender ist die Situation im Norden des Landes“, so Schaefer. Auf dem afrikanischen Kontinent hungern derzeit laut UN-Angaben rund 21 Millionen Menschen. Das vorhandene Wasser reicht nicht aus, die Felder zu bewässern. Die Tiere siechen dahin, da ist auch kein Fleisch mehr am Leib, das verwertbar wäre.

Besonders dramatisch ist die Situation derzeit in Somalia und Nigeria, aber auch Äthiopien und weite Teile Kenias sind betroffen. „Ich selbst lebe jetzt seit drei Jahren in Kenia und habe so eine Dürre bislang noch nicht erlebt“, erzählt Dirk Schaefer. Das erste Mal seit Jahren seien der Norden und auch die Küste von der Dürre betroffen. Und genau das verschlimmert die Situation. Die nördliche Bevölkerung kann nicht wie in vergangenen Dürreperioden auf nahe gelegene Landesteile ausweichen, denn auch dort hat sich die Versorgungssituation dramatisch verschlechtert.

„In den Städten kann die Grundversorgung aber noch sichergestellt

OSTAFRIKA

Bundesentwicklungsminister

Gerd Müller (CSU) hat die Verantwortung der Weltgemeinschaft für die Hungernden in Ostafrika eingefordert. Man müsse „vom Reden ins Tun kommen, alles andere, wenn ich an die Hungerkatastrophe denke, ist Mord“, sagte Müller am Donnerstag vor einem Treffen mit seinen europäischen Amtskollegen in Brüssel. Die EU selbst gebe „zu wenig“, urteilte Müller.

Die Vereinten Nationen müssten einen Krisenfonds aufbauen, der solche Katastrophen verhindern helfe, verlangte Müller. „Es kann nicht sein, dass erst furchtbare Bilder von sterbenden Kindern dazu führen, dass die Welt reagiert, und dies ist leider jetzt in Ostafrika der Fall.“ In der Region hungern mindestens zwölf Millionen Menschen.

Die EU-Minister sollen auf ihrem Treffen auch über den von Müller vorgeschlagenen Marshallplan für Afrika reden, mit dem die Probleme des Kontinents mittel- und langfristige angegangen werden sollen.

werden“, sagt Dirk Schaefer. Und das zum großen Teil dank der Wasserkioske. Dadurch, dass diese an das städtische Netz angeschlossen sind, gelangt das Wasser auch in die städtischen Armutsgebiete. In den ländlichen Regionen fehlt ein Leitungsnetz dagegen noch komplett, deshalb gibt es dort auch keine Wasserkioske. Gefährlich ist das auch deshalb, weil die Menschen dann auf inoffizielle Quellen ausweichen, die unhygienisch sind. Dadurch können sich Krankheiten rasant ausbreiten. 80 Prozent der Erkrankungen in Kenia haben direkt mit unhygienischer Wasser- und Sanitärversorgung zu tun.

Seit 2009 sind landesweit 646 Wasserkioske gebaut worden, um dem entgegenzuwirken. „Die Versorgung hier ist relativ sicher, da die Kioske zusätzlich Notfalltanks haben, mit denen Tage ohne Wasser überbrückt werden können“, erklärt Schaefer. Der Preis für das Wasser beträgt außerdem nur etwa ein Zehntel dessen, was die Menschen aus hygienisch bedenklichen, informellen Quellen bezahlen müssen. „Dort, wo Menschen auf informelle Versorger angewiesen sind, steigen die Preise im Zuge der aktuellen Wasserknappheit rasant“, sagt Schaefer. Die Kioske hingegen verkaufen das Wasser weiterhin zum festgelegten Preis von drei Schilling pro 20 Liter Kanister. Das sind umgerechnet 2,8 Cent. Betrieben werden die Kioske von den Menschen vor Ort. 50 Schilling pro Kubikmeter

verkauften Wassers gehen an den Wasserversorger, mit dem Rest verdient sich die Verkäuferin etwas.

In den vergangenen 14 Jahren hat Kenia seinen Wassersektor stark professionalisiert. Etwa mit der Einrichtung einer unabhängigen Regulierungsbehörde und von Versorgungsunternehmen in öffentlicher Hand. Die kenianische Regierung hat außerdem 2010 als eines der ersten afrikanischen Länder die Wasser- und Sanitärversorgung als Menschenrecht in die Verfassung geschrieben. „Das ist natürlich ein starkes Bekenntnis“, sagt Dirk Schaefer. Doch lässt sich ein solches Menschenrecht eben nicht so einfach durchsetzen.

Nairobi wächst rasant

Zudem wächst die städtische Bevölkerung rasant, das verschärft das Problem. Nach Angaben der landeseigenen Regulierungsbehörde haben selbst zu Regenzeiten etwa 45 Prozent der Menschen immer noch keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und hygienisch unbedenklichen Toiletten. „Die Leitungsnetze in Nairobi wurden niemals für eine solche Größe der Stadt geplant, deshalb gibt es selbst in der Hauptstadt Stadtteile, die von der Versorgung ganz und gar abgeschnitten sind.“ Dort, wo Leitungsnetze fehlen, müssten Brunnen und Bohrlöcher verbessert werden. Die Investitionen der Regierung beschränken sich bislang aber auf die bereits erschlossenen Stadtgebiete.

Eine Frage der Souveränität

In und um Libyen mehren sich die Anzeichen, dass Russland auch dort militärisch eingreifen könnte

VON STEFAN SCHOLL

MOSKAU. Nein, es gäbe keine russischen Spezialeinheiten in Sidi Barrani. „Mit solcherlei Enthüllungen aus anonymen Quellen halten bestimmte westliche Medien die Öffentlichkeit schon seit Jahren in Atem“, sagte Igor Konaschenkow, Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, der für seine deutlichen Dementis bekannt ist. Diesmal widersprach der General der Nachrichtenagentur Reuters. Sie hatte unter Berufung auf ägyptische und US-Beamte und Militärs berichtet, im ägyptischen Luftwaffenstützpunkt Sidi Barrani, etwa 100 Kilometer von der Grenze zu Libyen, seien 22 Soldaten einer russischen Spezialeinheit mit mehreren Drohnen eingetroffen.

Laut Reuters könnte das Erscheinen der russischen Elitekämpfer mit den militärischen Rückschlägen der sogenannten libyschen Nationalarmee (kurz LNA) unter dem Kommando Khalifa Haftars zusammenhängen. Diese hatten zwischenzeitlich die Kontrolle über mehrere Ölhäfen an Islamisten verloren. Die Reuters-Quellen vermuten, Russland unterstütze Haftar,

um den eigenen Einfluss in Libyen wiederherzustellen. Das Land galt unter dem 2011 gestürzten Machthaber Muammar al-Gaddafi als treuer Verbündeter Moskaus.

Aber auch ein Militärsprecher in Kairo dementierte: Auf ägyptischem Boden stehe kein einziger ausländischer Soldat, das sei eine Frage nationaler Souveränität. Und der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärte, angesichts der chaotischen Sicherheitslage seien jetzt in Libyen nicht einmal russische Diplomaten anwesend. Aber vielleicht die berühmten grünen Männchen wie zu Beginn der russischen Invasion auf der Krim?

„Es gibt keine libysche Regierung, mit der man verhandeln könnte“, sagt der Moskauer Militärspezialist Viktor Litowkin. Er schließt allerdings nicht aus, dass russische Privatsöldner in Libyen aktiv sind. Oleg Krinizyn, Chef der russischen Militärfirma „RSB-Grupp“ hatte der Moskauer Mediengruppe RBK bestätigt, Experten seiner Firma hätten in der libyschen Hafenstadt Bengasi eine Fabrik entmimt.

Laut Reuters waren die Söldner 2016 mehrere Monate in dem Gebiet aktiv, das von Haftars LNA ge-



REUTERS/MAXIM SHEMETOV

Khalifa Haftar, Widersacher der libyschen Regierung, wird von Russland umworben.



BLZ/BOTTCHER

halten wird. Und im Oktober 2016 veranstalteten ägyptische und russische Fallschirmjäger bei Alexandria ein gemeinsames Manöver. Laut Iswestija verhandelte Russland damals mit Ägypten über die Verpachtung mehrerer militärischer Objekte, darunter die ehemalige sowjetische Luftwaffenbasis Sidi Barrani. Offiziell hat Ägypten Russland keinen Stützpunkt überlassen. Aber die Zeitung Kommersant schreibt unter Berufung auf russische Regierungskreise, russische Geheimdienstler befänden sich ständig in Ägypten, um die Lage in der Region zu beobachten. „All das lässt vermuten, dass sich tatsächlich Militärspezialisten aus Russland in Sidi Barrani aufhalten“, sagt der Nahostexperte Orchan Dschemil.

Anfang März empfing Sergej Lawrow in Moskau Fajis al-Saradsch, den Chef der von der UN anerkannten Regierung der Nationalen Verständigung. Im Vorjahr hatte dessen Konkurrent Haftar Moskau besucht. Und diesen Januar diskutierte er von Bord des russischen Flugzeugträgers „Admiral Kusnezow“, der vor Tobruk ankerte, per Video mit Verteidigungsminister Sergej Schoigu demonstrativ den

Kampf gegen die islamistischen Terroristen. Erst am Montag bat ein LNA-Sprecher Russland um Hilfe bei der Militärausbildung.

Haftars LNA kontrolliert den Westen Libyens und gilt als kampfkraftigster Gegner des Islamischen Staats und anderer Terrorgruppen. Laut BBC favorisiert Russland Haftar als möglichen Partner in Libyen und spekuliert auf den Hafen von Bengasi als neuen Mittelmeerstützpunkt für seine Kriegsflotte.

Das Vermögen liegt in den USA

Allerdings gilt Haftar eigentlich als Mann der USA, wo er über 20 Jahre im Exil lebte. „Sein gesamter Business befindet sich dort“, sagt Experte Dschemal. „Er wird kaum ohne Zustimmung aus Washington mit den Russen kooperieren.“ Das lasse vermuten, dass es im Kampf gegen den islamistischen Terror schon geheime Absprachen zwischen Russland und den USA gibt. Andere Experten aber vermuten, die Russen wollten in Libyen eine neue Front gegen den islamistischen Terror aufmachen, um US-Präsidenten Donald Trump doch noch von ihrer Nützlichkeit als Verbündete zu überzeugen.

Merkel reist Anfang Mai nach Moskau

Seehofer kündigt bei seinem Besuch Treffen mit Putin an

VON DANIELA VATES

Horst Seehofer hat Wladimir Putin beim Wort genommen. „Kommen Sie wieder“, hat Russlands Staatspräsident dem bayerischen Ministerpräsidenten 2016 gesagt, als der ihn in Moskau besuchte. 13 Monate später hat sich Seehofer wieder auf den Weg gemacht. „Nur wer Ohren hat, wird die Türen zwischen den Völkern öffnen“, hat er zuvor gesagt. Im vergangenen Jahr hat Seehofer mit diesen Ohren unter anderem das Lob des Moskauer Bürgermeisters aufgenommen, er habe mit seinem Besuch „eine Heldentat vollbracht“.

So sieht man das im Kanzleramt sicher nicht. Auslandsreisen von Ministerpräsidenten sind zwar nicht unüblich, auch Moskau haben einige auf dem Programm. Aber unüblich ist es, wenn ein Ministerpräsident bei seinem Besuch den deutlich höherrangigen Staatspräsidenten trifft. Dann wird aus einer Wirtschaftswerbereise fürs Bundesland eine Art Nebenaußenpolitik.

Knapp zwei Stunden Gespräch

Es treffen sich da mal wieder zwei, auf die Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht besonders gut zu sprechen ist. In der Beziehung zu Putin beschränkt sie sich seit dem Ukraine-Konflikt auf Telefonate und Treffen bei internationalen Veranstaltungen. In Moskau ist sie seither nicht gewesen. Seehofer kommt ausgerechnet am dritten Jahrestag des von Russland angesetzten Krim-Referendums, das von den G7-Staaten, dem Europarat und der EU-Kommission nicht anerkannt wurde. Das Auswärtige Amt hat gerade noch einmal davor gewarnt, dass in der Ost-Ukraine ein ähnlicher Prozess droht: „Fortschreitenden Abspaltungstendenzen“ – so heißt das in der Sprache der Diplomaten, die darauf hinweisen, dass in der sogenannten Volksrepublik Donezk bereits der Rubel als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt sei.

Die Bundesregierung hält an den Sanktionen gegen Russland fest, so lange die Bedingungen des Minsker Friedensabkommens nicht erfüllt sind. Seehofer hat sich wiederholt für einen Sanktionsabbau ausge-



AFF/MAXIM SHIPENKOV

Kontaktpflege im Kreml: Wladimir Putin (l.) begrüßt Horst Seehofer.

sprochen. Das tut er auch am Donnerstagabend. Man habe eine Stunde und 45 Minuten geredet, sagt Seehofer nach dem Treffen mit Putin, „ein sehr offenes, intensives und ernsthaftes Gespräch“ sei es gewesen. Sanktionen müssten überwunden werden, im Fall Russlands durch die Umsetzung des Minsker Abkommens. „Und Wladimir Putin hat während unseres Gesprächs wiederholt klar gesagt: Er steht fest zum Minsker Abkommen.“

Dieses Mal hat Seehofer sich zumindest pro forma mit Merkel versöhnt, bevor er nach Moskau reiste. Er hat eigens im Landtag eine Rede gehalten, um zu versichern, dass er nicht vor habe, die Sanktionen gegen Russland bedingungslos aufzugeben. „Vermitteln, ständiger Dialog, Brücken bauen“, sei sein Ziel, sagt er. Den Ukraine-Konflikt beschreibt er als „wie vor einem Jahr nur noch düsterer“. Im Mai will Seehofer noch in die Ukraine reisen, um Präsident Petro Poroschenko zu treffen.

Um einen Termin mit dem US-Präsidenten Donald Trump hat sich Seehofer angeblich auch bemüht. Hier ist ihm Merkel zuvorgekommen. Dafür enthüllt der bereits Merkels weitere Reisepläne: Am 2. Mai werde die Kanzlerin nach Moskau zu Putin reisen, sagt er. (mit ssc.)